



Extrapunkt
Dezember 2011



Redaktion:
Arno Ulrichs &
Udo Grubert

Impressum: Herausgeber Landesverband **FREIE WÄHLER NIEDERSACHSEN**
V.i.S.d.P. Arno Ulrichs, Leeger Weg 42, 26632 Simonswolde, arno.ulrichs@ewetel.net

EXTRAPUNKT

Einladung zur Mitgliederversammlung

der **FREIEN WÄHLER Niedersachsen** mit

Beschlussfassung über die Teilnahme an der Landtagswahl 2013

(Beschlussantrag nachfolgend) und

zum Neujahrsempfang

am 11. Februar 2012 in Hannover-Ronnenberg

- 10:30 Uhr Mitgliederversammlung der FREIEN WÄHLER Niedersachsen in Ronnenberg bei Hannover, Hotel Öhlers, Nenndorfer Straße 64, Ronnenberg, Tel. 0511 43872-0
- 14:30 Uhr Einlass zum Neujahrsempfang der FREIEN WÄHLER Niedersachsen (Beginn 15 Uhr) in der Aula der KGS Ronnenberg (Am Sportpark 1, 30952 Ronnenberg/Empelde) mit

Gastredner Hans-Olaf Henkel

über Alternativen zur Euro-Schulden-Union

Beide Veranstaltungen sind öffentlich, es ist jedoch eine Anmeldung erforderlich bei der

Geschäftsstelle der FREIEN WÄHLER Niedersachsen

Allensteiner Weg 13 A

27777 Ganderkesee

Fon: 04222-6177

Fax: 04222-968358

Email: geschaeftsstelle@fw-niedersachsen.de

Beschlussantrag



Für eine starke Bürgervertretung im Landtag – gegen Parteienfilz und Bevormundung!

FREIE WÄHLER als wählbare und verlässliche Alternative stärken!

Die Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die großen Parteien nimmt auch in Niedersachsen weiter ab: Bei den Kommunalwahlen waren neben den Grünen die freien und unabhängigen Wählergemeinschaften die Gewinner.

Bürgerinnen und Bürger nehmen den Politikbetrieb auch im Landtag als bürgerfern wahr. Die Vorgänge um den geplanten Neubau des Landtagsgebäudes belegen, wie weit sich die **politische Klasse von der Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger entfernt hat.**

Die Bürgerinnen und Bürger empfinden Ohnmacht gegenüber diesem verselbständigten Politikbetrieb, der sich gleichzeitig anmaßt, bis in die kleinste Kleinigkeit in das Leben vor Ort – z.B. bei der Vorschrift für den Abstand der Garderobenhaken in Kindergärten - hineinzuregieren:

Die kommunalpolitisch engagierten Bürgerinnen und Bürger spüren am deutlichsten, wie das Land über das Zudrehen des Finanzhahns die Gestaltungsmöglichkeiten in den Gemeinden und Städten immer weiter einschränkt und damit die kommunale Selbstverwaltung durchlöchert. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass **weder von SPD, CDU, FDP oder Grünen in dieser Hinsicht eine Besserung zu erwarten ist**, sobald diese Parteien in der Regierungsverantwortung sind. Und die Linken mit ihrer Staatsgläubigkeit und schon gar nicht die medial hochgejubelten Piraten bieten realistische Alternativen.

Bundespolitisch überlagert wird die Landtagswahl 2013 – die im Januar und damit nur wenige Monate vor der Bundestagswahl stattfindet – von der tiefen Krise um den Euro. Verstörend für die Bürgerinnen und Bürger ist das Lavieren der politisch Verantwortlichen, die den Menschen nur scheinbar die ganze Wahrheit servieren. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich dieser Krise hilflos ausgeliefert und empfinden gleichzeitig einen Verlust der politischen Souveränität durch eine **Euro-Diktatur zugunsten der Großbanken und der Spekulanten.**

Die Angst um den Wertbestand der durch lange Arbeitsleistung erworbenen Spar- und kleinen Vermögenswerte nimmt zu und droht unser Land zu lähmen. Junge Erwachsene finden im Zeitalter von Praktikums- und Zeitverträgen keine verlässliche Grundlage, um eine Familie zu gründen. Ein immer größer werdender Teil der Erwachsenen bringt zwar volle Arbeitsleistung ein, hat aber trotzdem kein Auskommen mit dem Einkommen. Und selbst, wer lange Jahre hart gearbeitet hat, kann schnell in Hartz IV und damit in das Existenzminimum fallen. Zudem: Große Teile der heute noch arbeitenden Generation fragen sich voller Sorge, ob die Rente zum Leben reichen wird. Gerade die leistungsbereiten und -willigen fühlen sich bestraft. Ihre (Lebens-)leistung wird nicht mehr belohnt.

Beschlussantrag



Eine Entwicklung, die viele als ungerecht und entwürdigend empfinden: **Bürgerliche Grundwerte, mit denen die mittelständische Wirtschaft und die Arbeiter und Angestellten unser Land groß gemacht haben, werden von den Regierenden geopfert.**

Die FREIEN WÄHLER und die ihnen verbundenen Wählergemeinschaften finden sich mit dieser Entwicklung nicht ab. Wir stehen für Bürgerengagement und –mut – vor Ort und auch im Land. Nach 1945, in den Trümmern des Weltkriegs, haben die Wählergemeinschaften bereits in den Städten und Gemeinden Niedersachsens Verantwortung übernommen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Wiederaufarbeit geleistet. Bis heute sind sie in den Kommunen die unverzichtbare Stimme der parteifreien Menschen. In Zeiten, wo sich immer mehr Menschen auch bei überregionalen Wahlen von den Parteien abwenden, brauchen wir diese Bürgerbewegung auch im Landtag:

FREIE WÄHLER im Landtag als wählbare und solide Alternative sind ein klares Signal gegen Parteienherrschaft und gegen Bürgerresignation. Mit den FREIEN WÄHLERN haben auch diejenigen wieder eine lohnende Wahl, die sich bei den letzten Wahlen aus Parteienverdrossenheit nicht mehr zur Stimmabgabe entschließen konnten.

Die FREIEN WÄHLER versprechen keine Wunderdinge. Aber mit uns ziehen bürgerliche und mittelständische Tugenden, ehrenamtliches Engagement und politische Gradlinigkeit wieder in den Landtag ein. **Damit die zentrale Aussage des Grundgesetzes wieder Wirklichkeit wird: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.**

FREIE WÄHLER stehen zur Verantwortung bereit. Im Sinne bürgerschaftlichen Engagements beweisen FREIE WÄHLER und Wählergemeinschaften in den Städten und Gemeinden ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Das gilt nicht nur für die kommunale Ebene. Aus heutiger Sicht wird es in 2013 keine FDP mehr im Landtag geben – und damit auch keine schwarz-gelbe Regierung mehr. Eine vielstimmige „Dagegen-Regierung“ aus SPD, Grünen, Linken und möglicherweise Piraten kann unserem Land Niedersachsen keine Orientierung und Entwicklung geben. Die FREIEN WÄHLER stehen deshalb bereit, um in einer leistungsfähigen Koalition der politischen Vernunft die Geschicke Niedersachsens mit zu meistern. **Dabei bauen wir auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger mit gesundem politischen Menschenverstand, die jeden Tag ihre Leistung in Familie, Beruf und Gesellschaft bringen und diese Leistung auch von der Politik fordern.**

Die Landesmitgliederversammlung der FREIEN WÄHLER Niedersachsen beschließt deshalb:

Die FREIEN WÄHLER Niedersachsen beteiligen sich an der Landtagswahl 2013.

Die FREIEN WÄHLER stellen in allen Wahlkreisen Direktkandidaten auf und gleichzeitig auf Landesebene eine Landesliste. Für die Kandidatinnen und Kandidaten gilt dabei das Kriterium, dass sie durch ihre anerkannte Arbeit vor Ort das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger genießen.

Die FREIEN WÄHLER rufen alle Wählergemeinschaften und parteipolitisch nicht gebundenen Bürgerinnen und Bürger auf, mit der Unterstützung und der Stimmabgabe für die FREIEN WÄHLER frischen Wind in den Landtag zu bringen – eine Stimme für Bürgermut und gegen Parteienherrschaft!

(Zur Beschlussfassung auf der Mitgliederversammlung der FREIEN WÄHLER Niedersachsen am 11. Februar 2012 in Hannover-Ronnenberg)